



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Paul Knoblach, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundesweites Nachtfahrverbot für Mähroboter

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Forderungen des Deutschen Städtetages zu unterstützen und sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein bundesweites Nachtfahrverbot für Mähroboter eingeführt wird, um den Igel als gefährdete heimische Art effektiv zu schützen.

Begründung:

Die Diskussion um ein Nachtfahrverbot für Mähroboter bewegt ganz Deutschland. Sogar der Deutsche Städtetag fordert jetzt ein bundesweites Verbot.¹

Eine bundesweite Regelung wurde zwar bei der in der vergangenen Legislatur geplanten Reform des Tierschutzgesetzes diskutiert und in Gesetzentwürfen festgehalten, scheiterte jedoch nach dem Regierungswechsel.

In der Diskussion des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum nächtlichen Mähverbot wurde in den vergangenen Monaten vonseiten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER immer wieder betont, dass der Bund für solch eine Regelung zuständig sei. Deshalb ist es nun die Aufgabe der Staatsregierung, den Deutschen Städtetag bei seiner Forderung zu unterstützen und die Bundesregierung zum Handeln aufzurufen.

Ein Referentenentwurf der Bundesregierung liegt derzeit nicht vor, obwohl Verbandsinitiativen und Bundestagsanfragen (z. B. BT-Drs. 20/4034) die Dringlichkeit unterstreichen.

Die Staatsregierung ist aufgerufen, ihre Kompetenz im Bundesrat zu nutzen, um eine Änderung des Tierschutzgesetzes zu forcieren: Ein Verbot des Mährobotereinsatzes von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis eine Stunde nach Sonnenaufgang würde den Igel schützen, ohne die Rasenpflege zu schmälern. Dies entspricht Forderungen von NABU, DNR und Tierschutzverbänden und passt zur bayerischen Klimaschutz- und Artenschutzstrategie.

Zwar haben einige Kommunen wie Augsburg (mit Unterstützung der CSU), Bayreuth, Köln oder Leipzig entsprechende Beschränkungen umgesetzt, es entstehen bei diesen Einzelregelungen aber eine Unmenge Bürokratie und ein Flickenteppich aus kommunalen Verordnungen, die mit einer einheitlichen Regelung einfach vermieden werden können.

¹ <https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2026/igelschutz-staedtetag-fordert-nachtfahrverbot-maehroboter>

Zwölf Tier-, Natur- und Artenschutzorganisationen haben sich am 08.04.2026 mit einem offenen Brief an Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat Alois Rainer sowie Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit Carsten Schneider gewandt.

Sie verweisen darauf, dass Igel und weitere betroffene Arten nach dem Bundesnaturschutzgesetz und der Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt sind, weshalb es verboten ist, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Lebensstätten zu zerstören. Es sei daher konsequent und geboten, das Nachtfahrverbot für Mähroboter als Schutzmaßnahme gesetzlich zu verankern.

„Dass Igel in Deutschland mittlerweile auf der Roten Liste stehen, ist ein Warnsignal, welches nicht überhört werden darf und dringenden Handlungsbedarf erfordert. Durch ein bundesweites Verbot des Einsatzes von Mährobotern von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis eine Stunde nach Sonnenaufgang, könnte das Risiko für den Tod zahlreicher Igel deutlich gesenkt werden“, so die unten unterzeichnenden Organisationen.

Folgende Organisationen sind Mitzeichner des offenen Briefes:

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)
- Bund gegen Missbrauch der Tiere e. V. (bmt)
- Deutsche Juristische Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V. (DJGT)
- Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR)
- Deutscher Tierschutzbund e. V.
- Europäischer Tier- und Naturschutz e. V. (ETN)
- Menschen für Tierrechte e. V.
- Pro Wildlife e. V.
- VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz
- Vogelschutz-Komitee Naturstiftung
- WWF Deutschland
- Umweltinstitut München e. V.